Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part., Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 80 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 345. Sonnabend den 11. December 1886. 80. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 12. December, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den **15. December c.**, sollen im Forstreviere **Connewitz** auf dem Kahlschlage in Abth. 10 von Vormittags 9 Uhr an

ca. 130 **Haufen starker harter Abraum** und
" 40 " **Schlagreisig**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage am Gautzsch-Knauthainer Fahrwege (Dachsbauwege).

Leipzig, am 6. December 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

In dem neuen Johannishospitale ist vom 1. Januar 1887 an die Stelle einer 2. Krankenwärterin neu zu besetzen. Bewerberinnen um diese Stelle, welche mit einem Wochenlohn von 7 ℳ, Naturalverpflegung wie die Hospitaliten, freier Wohnung, einem Feuerungsdeputat von 1,6 Meter Holz und 10 Centner Braunkohlen dotirt ist, werden hiermit veranlaßt, ihre schriftlichen Gesuche nebst Zeugnissen bis zum 20. dieses Monats bei dem Anstaltsarzte, Herrn Dr. Heil, Sternwartenstraße 42, persönlich Nachmittags zwischen 3—4 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 9. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 7127. Dr. Georgi. Kr.

Vermiethung.

Das der Stadtgemeinde gehörige, aus **Erdgeschoß** und **vier Stockwerken** bestehende **Hausgrundstück Thomasgäßchen Nr. 8**, in welchem zeither **Bäckerei** betrieben worden ist, soll **vom 1. April 1887** an **zu gleichem oder ähnlichem Zwecke**, bez. zu Wohnungen

Freitag, den 17. dieses Monats Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, gegen **einjährige Kündigung** an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarienverzeichniß des zu vermiethenden Hauses schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Die Besichtigung des Hauses kann am 13. und 14. d. M. in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags erfolgen.

Leipzig, den 6. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 6305. 6684. Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Kirchenvorstands-Ordnung scheiden aus dem Kirchenvorstande der Thomaskirche demnächst aus die Herren:

Baudirector Dr. G. Fiebiger, Rechtsanwalt Dr. Carl Günther, Lehrer C. F. E. Wangner, Fleischermeister C. Fr. Reimann, Reichsgerichtsrath C. A. Küger, Kaufmann C. G. Thieme, Kaufmann H. G. Zweiniger.

Dieselben sind jedoch wieder wählbar.

Die Wahl ist von und auf

Dienstag, den 14. December d. J.

angesetzt worden, und wird in der Sacristei der Thomaskirche (Eingang von der Burgstraße) von **Morgens 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr** (ohne Unterbrechung in den Mittagsstunden) stattfinden.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

1) **Stimmberechtigt** sind Diejenigen, welche vom 11. bis 18. November c. sich angemeldet haben und in die selbdem geprüfte Wählerliste aufgenommen sind.
2) **Die Wahl** hat zu erfolgen durch **persönlich** zu bewirkende Abgabe eines **Stimmzettels**; jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur **in eigener Person** ausüben.
3) **Jeder Wähler** hat 7 Gemeindeglieder, welche dem Pfarrsprengel der Thomaskirche angehören und mindestens 30 Jahre alt sind, nach Tauf- und Familiennamen, Stand und Beruf genau zu bezeichnen.

Wir fordern hiermit die stimmberechtigten Gemeindeglieder auf, **Dienstag**, den 14. December innerhalb der genannten Stunden ihr kirchliches Wahlrecht auszuüben und ihr Augenmerk auf „Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinn, kirchlicher Einsicht und Erfahrung“ (Kirchenvorstands-Ordnung §. 8) zu richten.

Leipzig, den 4. December 1886.

Der Wahl-Ausschuß zu St. Thomä.

D. Pank, Vorsitzender, G. H. Brunner, Director Dr. Goldig, Heinrich Dörge, Ludwig Fährdrich, Landgerichtsdirector Dr. Hagen, Prof. Lic. Dr. Th. König, Otto Keil, Hofrath Dr. Lohse, Dr. Oscar Langbein, Max Liebeskind, Barben, K. Morgenstern, Archidiaconus Dr. Suppe, Otto Weidert, Franz Weiße, Prof. Dr. W. von Zahn.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die durch das unterzeichnete Gericht, welches für die Bezirke der Königlichen Amtsgerichte zu Torgau, Dommitzsch, Prettin und Belgern mit der Führung des Handels-Genossenschafts- und Muster-Registers beauftragt ist, anzuordnenden Veröffentlichungen der in diese Register erfolgten Eintragungen im Jahre 1887, soweit das Handels-Register mit Ausschluß des einen Theil desselben bildenden Zeichen-Registers und das Genossenschafts-Register in Betracht kommen, durch

a. den Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,
b. das Torgauer Kreisblatt,
c. das Leipziger Tageblatt,
d. die Magdeburgische Zeitung,

soweit das Zeichen- und Muster-Register in Betracht kommen, lediglich durch das zu a. gedachte Blatt bewirkt werden sollen.

Torgau, den 1. December 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Nichtamtlicher Theil.

Die französische Ministerkrisis.

Der bisherige Unterrichtsminister Goblet, der Vertreter des Laienunterrichts in der Volksschule, hat den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, übernommen. Ob er damit zu Stande kommen wird, muß dahingestellt bleiben, eine lange Dauer wird das neue Ministerium, wenn es überhaupt ins Leben tritt, kaum haben. Die Person, welche die Cabinetsbildung übernimmt, ist in diesem Falle nicht die Hauptperson, sondern nur der Träger einer sehr schwierigen unerquicklichen Sendung, weil Jeder fühlt, daß das neue Cabinet ein sogenanntes Uebergangsministerium sein wird. Als fester Kern, um welchen sich die übrigen Minister als nebensächliches Beiwerk ansehen, ist der Kriegsminister Boulanger anzusehen, er ist der Mann des Tages; wo er sich auch blicken läßt, auf der Straße, auf dem Kirchhof, um auf das Grab des bekannten Oberst Herbinger, des angeblichen Verschuldens der Niederlage von Langson, einen Kranz niederzulegen — überall wird er mit jubelnden Kundgebungen begrüßt. Frankreich hängt jetzt mehr denn je dem Rachegedanken nach, und das Schweigen des Kriegsministers bei Berathung des Militairbudgets unter ausdrücklichem Hinweis auf den Gesetzentwurf über die Heerespräsenz, welcher gegenwärtig dem deutschen Reichstage vorliegt, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Nicht ohne Schwierigkeit ist ein Vertreter für die auswärtigen Angelegenheiten zu finden. Freycinet hat die Zumuthung, Minister des Auswärtigen zu bleiben, abgelehnt, der Marquis v. Noailles, der sich als Botschafter Frankreichs in Konstantinopel einen Namen gemacht hat, war nur für den Fall in Aussicht genommen, daß Floquet den Auftrag der Cabinetsbildung ausführte; jetzt wird Duclerc als Nachfolger Freycinet's genannt, derselbe, welcher Freycinet nach dem Mißerfolg in der egyptischen Angelegenheit ablöste. Man ersieht daraus, daß Freycinet sehr wohl daran that, seinen Rücktritt aufrecht zu erhalten, er hat unzweifelhaft vollständig abgewirthschaftet, und mit der Einigkeit der Republikaner ist es vorbei. Der Bruch zwischen den Opportunisten und Radicalen ist endgiltig, die Radicalen sind es müde, die Schleppenträger der gemäßigten Republikaner zu spielen, sie wollen der Republik ihren Stempel aufdrücken und sie auf der abschüssigen Bahn, deren letztes Ziel die sociale Revolution ist, immer weiter treiben. Wenn das auch nicht der Zweck des eigentlichen Leiters der gegenwärtigen Bewegung, Clemenceau's, ist, so dient es ihm doch als Mittel, um im gegebenen Augenblick an die Spitze der Regierung zu treten. Freilich gehört dazu vorläufig noch die Zustimmung Grevy's, aber der Präsident ist ein alter bedächtiger Mann, von dem man nicht weiß, wie lange er noch im Stande sein wird, die Pflichten seines hohen Amtes zu üben, und wenn der Zeitpunct für die Wahl des Nachfolgers da ist, dann werden die Verhältnisse sehr weit abweichen von denen, welche die Wiederwahl Grevy's vor einem Jahre herbeiführten.

Am 30. Januar 1887 sind es acht Jahre, daß Grevy den Präsidentenstuhl der Republik inne hat. Was hat sich in dieser langen Zeit Alles ereignet! Frankreich hat zwar sein Gebiet durch überseeische Erwerbungen vergrößert, es hat Tunis unter seine Schutzherrschaft gebracht und Tonkin besetzt, auch Madagaskar seinem Einfluß zu unterwerfen gesucht, wenn auch bisher mit zweifelhaftem Erfolg, aber es hat die Finanzcontrole in Egypten eingebüßt und den Suezcanal vollständig in Englands Hände gegeben, es hat einen wesentlich unglücklichen Krieg mit China geführt, und seine Finanzen haben sich so verschlechtert, daß die Deputirtenkammer aus Sparsamkeitsrücksichten jetzt schon zur Streichung der Unterstaatssecretaire und Unterpräfectenstellen greift. Das ist gewiß radical, aber eine andere Frage ist es, ob es zweckmäßig ist. Der Anarchismus hat sein Haupt wiederholt drohend erhoben, und Erscheinungen wie die der Louise Michel sind für die in Frankreich herrschenden Zustände charakteristisch geworden. Versammlungen, in welchen Brandreden gegen die Bourgeoisie gehalten werden, Umzüge mit rothen Fahnen und sonstigen anarchistischen Emblemen sind nicht blos in Frankreich an der Tagesordnung, sie sind auch in England und Belgien in neuester Zeit typisch geworden, aber Streikbewegungen wie die im Norddepartement sind doch anderwärts nicht vorgekommen und haben nicht so tief eingegriffen in das gesammte staatliche und sociale Leben.

Ein weiteres charakteristisches Moment für die Entwickelung, welche Frankreich unter Grevy's Präsidentschaft genommen hat, ist die sogenannte patriotische Bewegung, an deren Spitze Déroulède steht. Die Förderung des Turnwesens und die Errichtung der Schülerbataillone hat den eingestandenen Zweck, ganz Frankreich in ein großes Kriegslager zu verwandeln, den Rachegedanken schon den jugendlichen Gemüthern einzuflößen und groß zu ziehen, um schließlich daraus die Frucht einer von Leidenschaft erhitzten und an Zahl Alles erdrückenden Armee zu gewinnen. In der französischen Armee waren bisher noch die monarchischen Ueberlieferungen stark vertreten, aber die Thibaudin und Boulanger haben ihre Bemühungen nicht erfolglos darauf gerichtet, den monarchischen Geist aus der französischen Armee zu bannen, mit der Beseitigung der Prinzen der ehemaligen Herrscherfamilien Frankreichs, soweit sie der Armee angehörten, in Inactivität und mit der Ausweisung des Grafen von Paris, des Herzogs von Aumale und der Prinzen Jérôme und Victor Napoleon ist ein entscheidender Schritt zur Republicanisirung der französischen Armee gethan. Das Wort des Fürsten Bismarck, daß im französischen Kriege der Zukunft die Abzeichen des Socialismus neben der nationalen Fahne erscheinen werden, geht sichtbar seiner Erfüllung entgegen. General Boulanger, die Hoffnung des rachedurstigen Frankreich, ist der Freund und Verbündete von Clemenceau, dem Manne, welcher auf der Grenze steht zwischen der radicalen und intransigenten Partei und, obwohl er den Frieden im Munde führt, doch dem General Boulanger den Weg in das Ministerium Freycinet geöffnet hat.

Der Name des Generals Boulanger wird stets genannt, wenn irgend ein neues Unternehmen ins Leben tritt, welches der Verbreitung des Rachegedankens zu dienen bestimmt ist. Als das Journal „La Revanche“ erschien, sah sich General Boulanger genöthigt, ausdrücklich zu erklären, daß er mit der Gründung dieses Blattes nichts zu thun habe. Heute erklärt der General wieder, daß er mit dem Journal „France Militaire“ nicht in Verbindung stehe. Nichtsdestoweniger bringt die öffentliche Meinung in Frankreich Alles mit dem Namen Boulanger in Beziehung, was als Ausdruck und Förderung des Rachegedankens hervortritt.

Das Hauptstreben des heutigen Frankreich ist darauf gerichtet, mit Rußland Freundschaft zu halten, und deshalb ist auch augenscheinlich die Cabinetsbildung durch den Kammerpräsidenten Floquet unterblieben. Ein Ministerium unter der Aegide des Mannes, welcher den Vater des Kaisers von Rußland im Jahre 1867 mit den Worten begrüßte: „Monsieur, vive la Pologne!“ konnte unmöglich dazu geeignet sein, gute Beziehungen zu Rußland zu unterhalten. Der Parteigeist ist in Frankreich mächtiger als irgend sonstwo in der civilisirten Welt, aber er findet an den Rücksichten auf die auswärtigen Beziehungen seine Grenze, soweit diese Beziehungen geeignet scheinen, das Werk der Rache zu unterstützen. Die Ministerkrisis in Frankreich zeigt die Unhaltbarkeit der französischen Zustände, aber sie gewährt zugleich einen Einblick in die Thatsache, daß die französische Republik des 4. September ihr Leben nur durch den Rachegedanken fristet.

* * *

* **Ueber den Stand der französischen Ministerkrisis** meldet noch die „Kölnische Zeitung“ aus Paris, 9. December:

Gestern waren die Aussichten Floquet's als neuen Conseilspräsidenten wieder gestiegen; am Nachmittag wurde Goblet ins Elysée berufen und entschloß sich auf Grevy's dringende Bitte zu dem Versuche, ein neues Ministerium zu bilden. Von den Mitgliedern des Cabinets Freycinet, in welchem Goblet Minister des öffentlichen Unterrichts und der Culte war, ist Goblet entschieden der geeignetste, eine neue Regierung zu bilden, welche mit der jetzigen Kammer auskommen und, wenn nicht, die Wahlen mit Erfolg zu leiten geeignet ist. Floquet wurde mit Grevy schließlich nicht einig, weil beide Männer gegründete Ursache hatten, nicht einig zu werden; Grevy ist für Floquet ein eingenommener gewesen und scheut offenbar ein Cabinet mit einem ausgesprochen polenfreundlichen und folglich antirussischen Charakter; er wird auch wissen, daß Clemenceau Floquet's Ernennung eifrig betreibt, weil er seinen Mann in ihm kennt. Floquet aber mußte sich bald überzeugen, daß er das Vertrauen unter den Ministercandidaten, die zur Hand sind, nicht besitzt und als Kammerpräsident wenigstens ein längeres Leben hoffen darf denn als Conseilspräsident. Grevy hatte gestern Morgen bereits eine Besprechung mit Goblet und gegen Mittag einer letzten Anfrage, worauf Develle und der alte Duclerc um 2 Uhr berufen und zu Rathe gezogen wurden und hierauf nochmals zu Goblet geschickt wurde. Zugleich hieß es, Goblet habe Freycinet bewogen, das Ministerium des Auswärtigen in dem neuen Ministerium zu behalten. Dies würde schon deshalb vortheilhaft sein, weil ein Cabinet Floquet Freycinet ausschließen und im diplomatischen Corps eine Menge von Empfangsgebräuchen hervorgerufen haben möchte. Die Sachlage ist übrigens noch so schwankend, daß das Unvorhergesehene noch genug eintreten kann; aber wenn Goblet Grevy's und Freycinet's, Develle' und Duclerc's Zustimmung hat, so sind seine Aussichten auf Erfolg bedeutender als die eines Anderen. René Marie Goblet, Deputirter für das Somme-Departement, geb. am 26. September 1828 in Aire (Pas de Calais), ist, man möchte für Frankreich sagen, selbstverständlich, Advocat und ließ sich 1850 in Amiens nieder, wo er Stabträger der Advocaten und nach dem 4. September 1870 Generaladvocat wurde. Goblet ist als Republikaner in der Wolle gefärbt und war 1869 Mitbegründer des demokratischen Blattes „Progrès de la Somme“ und Mitglied des Generalraths für den nordöstlichen Canton des Somme-Departements. In der Nationalversammlung gehörte er zu dem neuen Centrum, saß auf den Bänken der Linken und war Mitglied der Gruppe der Union Républicaine; am 24. Mai 1873 stimmte er für Thiers und am 17. November gegen das Septennat der Präsidentschaft. Am 20. Februar 1876 fiel er bei der Stichwahl in Amiens durch und kehrte zur Rechtsanwaltschaft zurück, trat aber bei den Octoberwahlen 1877 wieder als republikanischer Candidat auf, siegte und nahm Sitz und Stimme in der republikanischen Mehrheit. 1879 wurde er Unterstaatssecretair des Justizministeriums, 1882 Minister des Innern im damaligen Cabinet Freycinet, dann im Cabinet Brisson, 1885 Minister des Unterrichts und der schönen Künste und behielt diesen wichtigen Posten auch unter dem letzten Ministerium Freycinet. Goblet steht mit den Opportunisten und besonders mit Ferry in Unterrichtsfragen auf gleichem Boden und hat das Elementarschulgesetz durchgebracht, das den Klericalen ein Dorn im Auge ist. Schon deshalb wird Goblet die ganze Rechte in unerbittlicher Feindschaft auf Schritt und Tritt im Wege finden. Mit den Opportunisten steht er aber nur in der Unterrichtsfrage in vollem Einvernehmen; Clemenceau wird ihm schon darum nicht hold sein, weil ihm ein Cabinet Floquet lieber gewesen wäre. Um die Mehrheit zu beschwichtigen, wird Goblet in sein Cabinet, wie es heißt, drei bis vier seiner früheren Collegen zum Eintritt auffordern, besonders den Fahnenträger der Patrioten, Boulanger, ohne den schon kein Ministerium mehr bestehen kann. Da das Budget des eingetretenen Zwischenfalls wegen und weil der Senat sein Budgetrecht nicht zur Posse machen lassen will, nicht zu Stande kam, so wird Goblet vom Parlament die Bewilligung von drei Zwölfteln verlangen und die Deputirten heimschicken. Das Budget kommt in der ordentlichen Session von 1886 von Neuem zur Berathung, und dann wird sich zeigen, ob die neue Bildung Bestand hat. Bekanntlich hat Freycinet es bitter empfunden, daß er sich dazu verstanden hatte, in seinem Cabinet Clemenceau für seine Schützlinge eine Anzahl von Stellen zu bewilligen. Wird Goblet mit Boulanger und Ruhe besser fahren? Der erste Eindruck der Nachricht, daß Goblet die neue Regierung bilden solle, war bei den Radicalen und Monarchisten kein guter, wie ihre Blätter beweisen. Die „République Française“, also das linke Centrum, äußert, Goblet müsse mit der Demagogie brechen, wenn er eine lebensfähige Regierung gründen wolle. Das ist indeß bei der Stellung, die Clemenceau hat, leichter gesagt als gethan, denn ohne dessen Demagogen Zugeständnisse zu machen, ist auch kein lebensfähiges Cabinet zu schaffen, denn Boulanger zum Beispiel ist Demagoge im vollen Sinne des Wortes, und doch wird Goblet mit ihm rechnen müssen, wie mit Floquet, der, wenn er auch nicht Cabinetsmitglied wird, als Kammerpräsident dem Ministerium das Leben so schwer wie möglich machen kann und durch seine nachlässige, um nicht zu sagen, absichtlich schwächliche und ungeschickte Leitung der Kammer viel zu Freycinet's Sturz beigetragen hat. Goblet hat drei Eigenschaften, die einem guten Minister in der jetzigen Republik unentbehrlich, aber keineswegs Gemeingut in den Kammern sind: er ist ein klarer Kopf, hat Muth und Willenskraft und ist einer der wenigen guten Redner des Palais Bourbon. Selbst Rochefort hat ihm im „Intransigeant“ das Zeugniß ausgestellt: „Als Redner ist er (Goblet) klar und sicher.“ Von seinem schneidigen Vorgehen, wenn es gilt, gab er bereits als Minister des Innern im vorletzten Cabinet Freycinet eine Probe in der Zerstörung der von Gambetta herrührenden berüchtigten Wahlorganisation der Opportunisten; er hielt seine Präfecten und Unterpräfecten fest in der Hand und ging scharf aufs Ziel los: Beseitigung des Geheimregierungswesens, dieser gefährlichsten Ausbildung des Demagogenthums der Septembermänner. Die Opportunisten sahen bei der Bildung des Cabinets Brisson darauf, daß Goblet nicht wieder Minister des Innern wurde, und Brisson hat mit diesem Zugeständniß sich eine Ruthe gebunden, denn Allain-Targé war der Mann nicht, Goblet zu ersetzen und hat Brisson's Ansehen sehr geschadet. Die energische Thätigkeit, die Goblet damals als Unterrichtsminister entfaltete, war den Opportunisten schon recht, desto weniger aber den Klericalen und Monarchisten, die, je entschiedener Goblet die Befreiung des modernen Staates von den Einflüssen der Kirche anbahnt und je offner er betont, daß die Befreiung der Volksschule von der Geistlichkeit die erste Stufe auf der Leiter der gänzlichen Verweltlichung des modernen Staates sei, desto unerbittlicher auftreten. Goblet ist während der Durchbringung des Elementarschulgesetzes als Feind der Kirche verschrieen und mehr als einmal als „der Feind“ gescholten worden, hat sich aber nichts daraus gemacht; denn er ist der Mann, in Kauf zu nehmen, was der Weg zu einem vorgesteckten großen Ziele mit sich bringt.

Leipzig, 11. December 1886.

* **Mit Bezug** auf die mancherlei Betrachtungen, die sich an den Besuch des **Regenten des zweitgrößten Staates des Deutschen Reiches** bei dem **Träger der deutschen Kaiserkrone** knüpfen, darf wohl gesagt werden, daß Diejenigen, welche dem Besuch des von seinem Minister des Auswärtigen und verschiedenen hohen Militairs begleiteten Regenten eine höhere Bedeutung als diejenige eines bloßen Actes der Courtoisie beimessen, und auch auf die Wahl des Zeitpunctes für den ursprünglich für einen späteren Termin in Aussicht genommenen Besuch Gewicht gelegt, sicherlich das richtigere Urtheil abgeben. — Dafür spricht noch Folgendes: „Am Donnerstag Abend 6½ Uhr empfing (wie bereits kurz telegraphisch erwähnt) der Prinz-Regent Luitpold von Bayern im Hotel des bayerischen Gesandten die **bayerischen Mitglieder des Reichstages**, welche etwa 30 Köpfe stark zusammengetreten waren. Der Abgeordnete Freiherr **von Franckenstein**, erster Vicepräsident des Reichstages, stellte die Abgeordneten vor, der Prinz-Regent hatte für jeden einzelnen der Herren huldvolle Worte. Schließlich wendete er sich an die Gesammtheit der Abgeordneten und empfahl ihnen, darauf bedacht zu sein, die Entscheidung in der Militairvorlage ja recht bald herbeizuführen. Sein Wunsch gehe dahin, daß die Entscheidung, ohne daß er der persönlichen Ueberzeugung der Herren vorgreifen möchte, in dem Sinne ausfalle, in welchem die Proposition gemacht sei, zum Wohle des deutschen Vaterlandes, des Bayernlandes und Volkes, welches er über Alles liebe. Freiherr von Franckenstein bemerkte darauf, die Vorlage werde der eingehendsten und gewissenhaftesten Prüfung unterzogen werden, schon wegen der finanziellen Seite. Darauf erwiderte der Prinz-Regent, auch ihm scheine die finanzielle Seite gewiß belangreich, indessen bei so hochpolitischen Fragen, wie der vorliegenden und in kritischen Zeiten dürfe sie nicht den Ausschlag geben. Damit verabschiedete der Regent die Abgeordneten.“

* Die „**Nationalliberale Correspondenz**“ schreibt zur Lage:

Das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich hat in den jüngsten Verhandlungen des Reichstags über die Militairvorlage eine bedeutende Rolle gespielt, und die Redner aller Parteien stimmten darin überein, demselben den größten Werth beizulegen und es als eine der hervorragendsten Bürgschaften für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens oder, wenn dies unmöglich ist, für den glücklichen Ausgang eines Krieges zu betrachten, den das von zwei Seiten angegriffene deutsche Reich zu führen haben würde. Wieweit die Verpflichtungen zu gegenseitiger Unterstützung im Kriegsfall reichen, ist allerdings in weiteren Kreisen nicht bekannt, und auf keinen Fall kann die Hoffnung auf österreichische Hilfe uns verleiten, in diesen bedrohlichen Zeiten in der Befestigung und Sicherstellung unserer eigenen Wehrkraft lässig zu sein. Das hat auch der Abg. Graf Moltke ausgeführt, und die österreichische Presse hat aus diesen Worten eine gewisse Kühle des Tones herauslesen wollen, als ob der Feldmarschall das Bündniß etwas geringschätzig beurtheile. Sicher ganz mit Unrecht. Es heißt gewiß den Bundesgenossen nicht unterschätzen, wenn man sich selbst zur Gegenwehr gegen drohende Gefahren möglichst gut rüstet. Ueber den Werth eines aufrichtig freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden großen Mittelreichen für den europäischen Frieden und für die Sicherheit der beiden Reiche selbst dürfte in Deutschland nur eine einzige Stimme herrschen. Dieses Bündniß ist geradezu als der einzig feste Punct und Halt in den Unruhen und Wirren der europäischen Politik zu bezeichnen. Wenn aber bei den jüngsten Verhandlungen von ultramontanen und demokratischen Rednern das frühere Verhältniß, in welchem Oesterreich zu den Zeiten des Bundestages in Deutschland stand, als ein dem heutigen noch weit vorzuziehendes, die Sicherheit und Macht dieser Verbündeten noch weit mehr verbürgendes gepriesen wurde, so schlägt diese Auffassung allen geschichtlichen Thatsachen ins Gesicht. Man braucht die deutsche Geschichte nur in den oberflächlichsten Grundzügen zu kennen, um zu wissen, bis zu welchem Grad der Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschland unter der österreichischen Vorherrschaft und der Eifersucht der beiden deutschen Großmächte heruntergekommen war; die deutsche Geschichte der neueren Zeit liefert dazu ja auf jeder Seite die traurigsten Belege. Wenn unter der Herrschaft des Bundestages einige Jahrzehnte äußerer Frieden herrschte, so war daran wahrhaftig nicht die imponirende Macht dieses Staatenbundes schuld, sondern die allgemeine Erschlaffung und Friedensbedürftigkeit, die ganz Europa nach den Umwälzungen der napoleonischen Zeit ergriffen hatte, und der gänzliche Verzicht Deutschlands, irgend etwas in der Welt bedeuten zu wollen. Mit der kriegerischen Tüchtigkeit des alten deutschen Bundes ist Gott sei Dank keine ernste Probe angestellt worden; sie wäre aber ohne allen Zweifel sehr traurig ausgefallen. Nur wer ein Dasein von vollendeter Schwäche, Ohnmacht und Uneinigkeit, von demüthiger Unterwerfung unter die auswärtigen Mächte, von feigem Verzicht auf jede Mitwirkung bei der Ordnung der Welt als eine Wohlthat und einen eines großen Volkes würdigen Zustand betrachtet, kann heute noch die elenden Zeiten des deutschen Bundes preisen. Erst durch den trennenden Schritt des Jahres 1866 hat Deutschland die ihm gebührende Weltstellung errungen und ist zugleich ein aufrichtig freundschaftliches, auf die Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen gegründetes, gesundes Verhältniß zu Oesterreich ermöglicht und hergestellt worden. Man sollte doch wirklich heutzutage nicht mehr die Nothwendigkeit der Krisis des Jahres 1866 zu beweisen brauchen. Aber gegenüber der ultramontan-demokratischen Geschichtsentstellung ist es doch nicht überflüssig. Die Werthschätzung eines ehrlichen und dauernden deutsch-österreichischen Bündnisses auf der heutigen Grundlage kann nur gewinnen, wenn man sich erinnert, wie es früher in den Zeiten des deutschen Bundes ausgesehen hat.

* **Zum Thema der Errichtung neuer Kreise** schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“ officiös:

Maßregeln, wie die geplante Einrichtung neuer Kreise, welche nicht blos eine Aenderung in Abgrenzung von Verwaltungsbezirken, sondern auch communaler Körperschaften bedeuten, berühren nothwendiger Weise eine Reihe von mehr oder minder bedeutenden Interessen. So befürchtet von einer in Aussicht genommenen Kreistheilung in der Regel die Kreisstadt eine Verminderung ihres Verkehrs und eine Schädigung der an diesem betheiligten Gewerbebetriebe, die eine oder andere Ortschaft eine Erschwerung ihrer Verbindung mit der Kreisstadt, häufig sind unter den Betheiligten die Ansichten über die beste Art der Ausführung der Theilung verschieden, wie dies u. A. bei den jüngst vorgenommenen Theilungen der Kreise Insterburg und Bochum der Fall war. Die Auseinandersetzung der Rechte und Pflichten zwischen den neuen Communalverbänden bietet an sich größere Schwierigkeiten; diese werden dadurch vermehrt, daß zumeist in neuen Kreisen neue Bedürfnisse an Wegen und sonstigen Kreiseinrichtungen zu erwarten sind, welche nicht ohne weitere Anspannung der Leistungskraft der Einwohner sich befriedigen lassen.

Es ist daher nur natürlich, daß, nachdem die im Interesse einer intensiveren Verwaltung der Kreise in Aussicht genommenen Kreistheilungen über das Stadium der erst internen Vorbereitung durch